

hätten die kapitalistischen Ländern diese Methoden angewandt, so daß der Eindruck entstanden sei, daß diese Methoden besondere Merkmale des Kapitalismus seien. Diese nun alle als kapitalistisch zu bezeichnen und zu verwerfen, sei wenig fruchtbar... -schü-

VR China Taipei gestattet, eine Vertretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" in La Paz zu eröffnen, die auch den gleichen diplomatischen Status wie Vertretungen internationaler Organisationen in dem Land genießen kann. (Siehe dazu C.a. Oktober 1990, Ü 42, S.782)

ein Weißbuch über die nationalen Streitkräfte und Strategie veröffentlicht. (LHB u. CP, 18.2.92; ZYRB, 19.2.92; ZZ, 7.2.92) Das Dokument mit dem offiziellen Titel "Bericht über die staatliche Verteidigung" umfaßt fünf Teile (militärische Lage, Verteidigungsstrategie, Verteidigungsressourcen, Verteidigungszustand und Strategie, Bürger und Verteidigung) mit insgesamt rd. 120.000 chinesischen Schriftzeichen.

## Taiwan

\*(34)

### Beziehungen zu Lettland auf Generalkonsulebene angehoben

Zwischen Taipei und Riga wurden Ende Januar offizielle Beziehungen auf Generalkonsulebene aufgenommen. Wie berichtet (C.a. Dez. 1991, Ü 34, S.760 f.), hatten beide Seiten bereits am 18. Dezember 1991 beim Besuch des lettischen Außenministers Janis Jurkans in Taiwan offiziell Handelsbeziehungen aufgenommen. Damit wurde das ursprünglich inoffizielle Handelsbüro von Taiwan in Riga zur "Mission der Republik China" umbenannt und erhielt auch vollen diplomatischen Status. Am 29. Januar haben beide Seiten beim Besuch von Taiwans Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) in Riga vereinbart, die Beziehungen weiter auf Generalkonsulebene anzuheben. (LHB, 30.1. u. 1.2.92; ZYRB, 2.2.92; CP, 1.2.92; FCJ, 31.1. u. 11.2.92)

Lettland hatte wie die beiden anderen baltischen Staaten Estland und Litauen im September 1991 diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen. Beijing beansprucht nach wie vor die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwan, während die Regierung Taipei seit 1989 unter dem Motto "tanxing-waijiao" (flexible Diplomatie) oder "wushi-waijiao" (praktische Diplomatie) bereit ist, auch die Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen zu akzeptieren. So brach Beijing in den vergangenen drei Jahren seine diplomatischen Beziehungen zu sieben Staaten ab (1989: Grenada, Liberia und Belize, 1990: Lesotho, Guinea-Bissau und Nicaragua, 1991: Zentralafrikanische Republik), nachdem diese diplomatische Beziehungen zu Taipei aufgenommen hatten. Am 30. Oktober 1990 hat Bolivien trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit der

Im Fall Lettland hat Beijing zunächst zur Errichtung der "Mission der Republik China" in Riga keine öffentliche Stellung genommen. Erst am 31. Januar erhob das Außenministerium in Beijing einen scharfen Protest gegen Riga, nachdem diese mit Taipei die Anhebung ihrer Beziehungen auf Generalkonsulebene vereinbart hatte. Der Sprecher des Außenministeriums wiederholte in einer Erklärung nachdrücklich den Standpunkt Beijings, die "Zwei-China-Politik", die Politik von "einem China, einem Taiwan", von "einem (chinesischen) Staat, zwei Regierungen" oder "Doppelanerkennung" abzulehnen.

Angeblich wollte Beijing am 5. Februar seine Botschaft in Riga eröffnen, aber Taipei war der Aktion Beijings zuvorgekommen. Am 4. Februar war der Generalkonsul der Taipeier Regierung, Zhang Guixiang, der ursprünglich stellvertretender Leiter der halbamtlichen Vertretung Taiwans in Saudi-Arabien war, noch vor der offiziellen Ernennung zu seinem neuen Amt von Riad zur Gründung des Generalkonsulats nach Riga geflogen. (LHB, 11.2.92) Angesichts dieser Tatsache erklärte das Außenministerium in Beijing, seine Botschaft in Riga "vorläufig zurückzuziehen", die wahrscheinlich überhaupt noch nicht gegründet war. Vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Lettland war allerdings nicht die Rede. Damit hofft Beijing offenbar darauf, daß Lettland eines Tages seine Taiwan-Politik ändern werde. (LHB, 26.2.92) Im Falle eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Beijings zu Riga ist die Aufnahme völdiplomatischer Beziehungen zwischen Taipei und Riga zu erwarten. Zwischen 1950 und 1971 hatte Großbritannien trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit Beijing ein Generalkonsulat in Taiwan unterhalten. -ni-

\*(35)

### Erstes Weißbuch über nationale Verteidigung veröffentlicht

Das Verteidigungsministerium in Taipei hat am 17. Februar zum erstenmal in der Geschichte der Republik China

Dem Bericht zufolge verfügt Taiwan z.Z. über eine rd. 448.000 Mann starke Armee, davon entfallen 312.000 auf das Heer, jeweils 68.000 auf die Marine und die Luftwaffe. In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der Verteidigungsausgaben am staatlichen Gesamtbudget von 57,15% auf 27,74% und am Brutto sozialprodukt (BSP) von 9,1% auf 5,39% gefallen. Im laufenden Finanzjahr (Juli 1991-Juni 1992) beträgt der Verteidigungsetat insgesamt über 272,19 Mrd.NT\$ (z.Z. rd. 25 NT\$ = 1 US\$), davon entfallen 107,59 Mrd.NT\$ auf militärische Investitionen, 54,4 Mrd.NT\$ auf laufende Ausgaben und 100,2 Mrd.NT\$ auf Personalkosten.

Im Bericht gilt Beijing nach wie vor als der "imaginäre Feind" Nummer eins. Es gebe, so heißt es, sieben Anlässe zum Überfall der chinesischen Kommunisten auf Taiwan:

- Erklärung der Unabhängigkeit Taiwans von China,
- Unruhen innerhalb Taiwans,
- Abschwächung der Kampfstärke der Streitkräfte Taiwans,
- Einmischung ausländischer Mächte in die inneren Angelegenheiten von Taiwan,
- Entwicklung nuklearer Waffen in Taiwan,
- Taiwans andauernde Ablehnung von Verhandlungen über die chinesische Vereinigung und
- Gefährdung des chinesischen kommunistischen Regimes durch Taiwans Politik, das sozialistische System auf dem chinesischen Festland "friedlich" umzuwandeln.

Die militärischen Maßnahmen Beijings gegen Taiwan würden solche Aktionen einschließen wie

- Eroberung der vor der Küste der Provinz Fujian liegenden und immer noch von der nationalchinesischen Regierung kontrollierten Inseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Matsu (Matsu) durch Überraschungsangriffe,

- andauernde Blockade über Taiwan durch Marine und Luftwaffe,
- Erzwingen der Kapitulation durch Bombardement mit Flugzeugen, Raketen oder sogar mit taktischen nuklearen Waffen und
- Eroberung von Taiwan durch Landung von regulären wie irregulären Truppen.

Darüber hinaus verwies das Verteidigungsministerium in seinem Bericht noch auf die politischen Offensiven des Gegners, wie z.B.

- Subversion durch Anstiftung innerer Unruhen in Taiwan,
- Verstärkung der außenpolitischen Isolierung Taiwans,
- Ausbau des politischen Einflusses auf Taiwan durch Anziehung von Investitionen taiwanesischer Firmen und
- Demoralisierung der psychologischen Abwehr der Einwohner Taiwans durch Détente und Verhandlungsangebote.

Zur Zeit verwende Beijing eine Doppelstrategie gegenüber Taiwan. Einerseits fordere es Taiwan auf zu direkten Verbindungen beider Seiten und Verhandlungen der zwei Regierungsparteien über die Vereinigung Chinas nach dem Modell "ein Staat, zwei Systeme", andererseits lehne es einen Verzicht auf Gewaltanwendung gegen Taiwan ab. Beijing fahre fort, Taiwan außenpolitisch zu isolieren und militärisch zu drohen.

Die Stärke der Streitkräfte auf dem chinesischen Festland wurde im genannten Weißbuch auf über 4,7 Mio. Mann geschätzt, davon entfallen 2,2 Mio. auf das Heer, 0,36 Mio. auf die Marine, 0,38 Mio. auf die Luftwaffe, 0,1 Mio. auf die 2. Artillerie (Raketentruppenteil), 1 Mio. auf die Bewaffnete Polizei und 0,7 Mio. auf die Miliz. Zahlenmäßig ist die militärische Überlegenheit Beijings deutlich zu erkennen. Allerdings beschränkt sich die Aufgabe der Streitkräfte Taiwans dem Weißbuch zufolge nur auf die Verteidigung des "gegenwärtigen Terrains" des Staates, also auf Taiwan mit den Frontinseln Jinmen und Mazu; das Ziel der Rückeroberung des chinesischen Festlands ist weggefallen. Das Verteidigungsministerium glaubt daran, daß Taiwan kraft seiner militärischen qualitativen Überlegenheit die Angriffe des Gegners in der Luft, auf See und an Land zurückschlagen könne. Allerdings werden Details zur Rüstung und zum Einsatz der Streitkräfte für den Kriegsfall im Weißbuch nicht angegeben. -ni-

\*(36)

### Kommission für freien Handel gegründet

Ende Januar wurde eine neue Kommission für fairen Handel (Gongping Jiaoyi Weiyuanhui) unter dem Exekutiv Yuan (Kabinett) gegründet, am 4. Februar begann sie offiziell ihre Arbeit. Zugleich trat das neue Gesetz für fairen Handel (Kartellgesetz) in Kraft. Hauptziel des Gesetzes oder die wichtigste Aufgabe der Kommission ist, Preismanipulationen zu verhindern und die Interessen der Verbraucher zu schützen. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Wang Zhigang (Wang Chih-kang) ernannt, der vorher stellvertretender Wirtschaftsminister war. Um die Neutralität der Kommission zu gewährleisten, darf keine Partei über eine Mehrheit in dem Gremium verfügen. Einschließlich des Vorsitzenden hat die Kommission insgesamt neun Mitglieder, davon gehören vier zur Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD), vier sind parteiunabhängig und einer gehört zur Splitterpartei Shemindang (Soziale und Demokratische Partei). Überraschend ist die größte Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) in dem Gremium nicht vertreten. Laut Angaben von Wang wird die Kommission noch Experten, Vertreter von Unternehmen und Verbrauchern zu Beratern berufen.

Gemäß Art. 41 des Kartellgesetzes muß ein Unternehmen mit einer Geldbuße von bis zu 1 Mio. NT\$ (z.Z. rd. 25 NTS = 1 US\$) rechnen, wenn es gegen die Bestimmungen von fairem Handel verstößt und die Anweisung der Kommission zur Korrektur oder Einstellung des Tatbestandes nicht befolgt. Im ersten Fall können die Verantwortlichen für illegalen Wettbewerb und Monopol oder Warenverfälschung gemäß Art. 19 bzw. 35 des Gesetzes vom Gericht zu Haft von bis zu zwei bzw. drei Jahren bestraft werden.

In dem Gesetz gibt es kein Verbot der Kartellbildung. Die Kommission für fairen Handel macht nur die Unternehmen oder Unternehmensgruppen als Kartelle bekannt, wenn sie im Vorfinanzjahr mit dem Gesamtumsatz und Marktanteil die bestimmten (bislang noch nicht festgelegten) Grenzen erreicht haben. Sie dürfen ihre Monopol-situation nicht dazu mißbrauchen, die

Wettbewerbschancen anderer Unternehmen auszuschalten. Zur Wahrung des freien Wettbewerbs sind den Unternehmen gemeinsame Aktionen nicht erlaubt; allerdings gibt es sieben Ausnahmen im Hinblick auf die allgemeine Interessenlage und Gesamtwirtschaft, wie z.B. für den Fall zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel. Ferner dürfen Firmen keine übertriebene Werbung für Produkte und Dienstleistungen machen.

Angesichts des neuen Gesetzes sind viele Unternehmen beunruhigt, weil in zahlreichen Branchen Preisabsprachen und innerhalb einzelner Unternehmensgruppen Sonderpreise für eigene Firmen üblich sind. Deshalb betonte die Kommission, daß das Gesetz am Anfang nicht zu streng angewandt werden solle. Vielmehr werde sie in der ersten Periode die Bedeutung des Gesetzes vor den Unternehmen ausbreiten und sie zur Anpassung an die Bestimmungen einführen. Die Ausführungsvorschrift des Gesetzes ist bislang noch nicht ausgearbeitet.

Einige Experten bezweifeln, ob die Kommission überhaupt in der Lage sein wird, das Gesetz gegenüber den großen Unternehmen durchzusetzen. Auch Wang Zhigang konnte als Vorsitzender der Kommission den Zweifel nicht ganz ausräumen, sondern versprach nur, sich voll einzusetzen. In der Vergangenheit ist dem Rat für Preisaufsicht (Wujia Dudao Huibao) auch nicht gelungen, Preismanipulationen z.B. in der Zementindustrie zu beseitigen.

Nach Angaben der Kommission sind es 476 Unternehmen, die im Finanzjahr 1990/1991 einen Gesamtumsatz in Höhe von 1 Mrd. NT\$ hatten. Sie können zu Kartellen erklärt werden, falls ihr einzelner Marktanteil eine bestimmte Grenze (noch nicht endgültig festgelegt) erreicht. Besonders viele staatliche und zur Regierungspartei GMD gehörende Unternehmen haben eine Monopolstellung. Den staatlichen Unternehmen wird eine Schonzeit von fünf Jahren eingeräumt werden. Die MJD hat die Zusammensetzung der Kommission und die Ernennung des bisherigen Vizewirtschaftsministers Wang Zhigang zum Vorsitzenden der Kommission scharf kritisiert. (LHB u. Jingji Ribao, Taipei, 27.-28.1., 31.1. u. 8.2.92; ZZ, 24.1.92; ZYRB, 29.1.92; CP, 28.1.92; FCJ, 11.2.92) -ni-